

# Bürger wehren sich gegen Straßenausbaubeiträge

Kommunen verteidigen im Innenausschuss des Landtags die umstrittene Regelung

VON MARCO SENG

**HANNOVER.** Riesiger Andrang bei der Anhörung zu den umstrittenen Straßenausbaubeiträgen im Innenausschuss des Landtags: Sogar die Saaltür musste am Donnerstag geöffnet werden, damit mehr Zuschauer die Diskussion über den Gesetzentwurf der rot-schwarzen Koalition verfolgen konnten – durch die Bank betroffene Bürger, die teilweise Tausende Euro für die Sanierung ihrer Straße zahlen sollen.

Der FDP-Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen beantragte zu Beginn, auch den Steuerzahlerbund und die Eigentümerverbände anzuhören. Das lehnte die rot-schwarze Mehrheit jedoch ab.

Über die Straßenausbaubeiträge wird seit Monaten heftig gestritten. In Niedersachsen haben sich inzwischen mehr als 30 Bürgerinitiativen gegründet, die eine Abschaffung der Zwangsbeiträge fordern. Die große Ko-

alition will mit der geplanten Gesetzesänderung die finanziellen Folgen für die betroffenen Anwohner abmildern, lehnt es aber ab, die Beiträge komplett zu streichen.

„Der kommunalen Seite ist durchaus bewusst, dass Straßenausbaubeiträge ein sehr emotionales Thema sind und in den Kommunen sehr unterschiedlich diskutiert werden“, sagte der Präsident des Städte- und Gemeindebundes, Marco Trips. Sie seien

aber ein Instrument der Straßenfinanzierung, das die Kommunen gerne beibehalten würden. Trips räumte ein, dass es Härtefälle gebe, die man besser regeln könne. Die von der Koalition geplante Rückzahlungsfrist von 20 Jahren und der geringe Zinssatz federe die finanzielle Belastung der Anwohner ab.

Dass man Erschließungskosten für eine neue Straße zahlen müsse, sei klar, warf Oetjen ein. „Was die Men-

schen auf die Palme bringt, ist, dass sie es noch einmal bezahlen müssen.“ Nach 25 Jahren sei der Unterbau marode, entgegnete Trips. „Irgendwann ist die Straße hin.“

Der Grünen-Abgeordnete Belit Onay warf ein, dass die Kommunen verpflichtet seien, die Straßen regelmäßig zu sanieren. „Viele Bürger sehen sich überfallartig mit hohen Summen überzogen“, kritisierte Onay. „In keiner Gemeinde ist das Budget so hoch, dass alle Straßen immer eins a sind“, antwortete Trips.

„Straßenausbaubeitrags-satzungen sind ungerecht und müssen abgeschafft werden“, sagte Hubert Hansel vom Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge. Es sei den Bürgern nicht zu vermitteln, warum das Land die notwendigen 50 Millionen Euro nicht aufbringen könne. Die Beiträge träfen nur die kleinen Leute, die keine Lobby hätten. „Wir sind an dem Punkt angekommen, an dem sich die Bürger wehren“, sagt Hansel.

## Gemeinden sollen Instandhaltung nachweisen

**Knapp 20 Millionen Euro** haben Haus- und Wohnungsbesitzer in Niedersachsen im vergangenen Jahr zum Ausbau kommunaler Straßen beisteuern müssen.

**Der Gesetzentwurf von SPD und CDU** sieht eine Art Ausschlusskriterium für säumige Kommunen vor, die bewusst ihre Straßen über einen längeren Zeitraum verfallen lassen. Die Gemeinden müssen dem-

nach künftig nachweisen, dass sie die Straßen in den vergangenen 25 Jahren ordnungsgemäß in Schuss gehalten haben.

**Zudem sollten Ungerechtigkeiten** vermieden werden – etwa bei großen Arealen oder Eckgrundstücken, wo künftig nur ein Teil angerechnet werden soll. Ein weiterer Punkt des Entwurfs ist die Möglichkeit, die Beiträge über 20 Jahre in Raten zu zahlen.